



Stellungnahme der IRH zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Liebe Wählerinnen und Wähler,

als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen ist es uns ein Anliegen, einige sachliche und themenbezogene Überlegungen zur bevorstehenden Bundestagswahl mit Ihnen zu teilen. Diese Wahlempfehlung soll keine parteipolitische Werbung sein, sondern eine Orientierungshilfe bieten, um informierte und zielgerichtete Entscheidungen zu treffen.

1. Sachliche und themenbezogene Wahlentscheidung

Wir sollten nicht wie Fans einer einzigen Partei handeln, sondern jede Partei in ihrer Gesamtheit bewerten. Unsere Wahlentscheidung sollte sich nach den Themen richten, die für uns von zentraler Bedeutung sind, und nicht allein von parteipolitischer Zugehörigkeit abhängen. Unsere Stimme bei der Bundestagswahl darf sich auf keinen Fall nur auf den Islam oder Muslime betreffende Punkte verkürzen.

2. Teil der Gesamtgesellschaft und Verantwortung für Deutschland

Wir sind Teil der Gesamtgesellschaft und unseres Landes Deutschland. Deshalb betreffen uns alle zentralen Probleme von der Bildung bis zur Wirtschaft, von der Innen- bis zur Außenpolitik genauso wie alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Unsere Wahlentscheidung sollte daher eine ganzheitliche Perspektive einnehmen und nicht nur auf religionsspezifische Aspekte reduziert werden.

3. Bewusster Einsatz von Erst- und Zweitstimme

Das Wahlsystem bietet uns die Möglichkeit, mit der Erststimme direkt eine/n Kandidatin/Kandidaten zu wählen, die/der unseren Positionen nahe steht und eine realistische Gewinnchance im jeweiligen Wahlkreis hat. Die Zweitstimme hingegen dient dazu, die Partei zu unterstützen, die unsere Positionen im Gesamtkontext am bes-

ten vertritt – sei sie groß oder klein. Dies kann auch helfen, neuen und kleineren Parteien den Einzug in den Bundestag über die Fünf-Prozent-Hürde zu ermöglichen.

4. Lehren aus der Abstimmung zum Zustrombegrenzungsgesetz

Die Abstimmung über das sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz am 31. Januar hat gezeigt, dass nicht alle Abgeordneten strikt der Parteilinie folgen. Bei der CDU/CSU gab es deutliche Abweichungen. Diese Erfahrung sollten wir bei der Stimmabgabe berücksichtigen und gezielt jene Abgeordneten unterstützen, mit denen wir die meisten inhaltlichen Übereinstimmungen haben und die im Ernstfall über Parteigrenzen hinweg besonnen, gewissenhaft und verantwortungsvoll handeln können, um tragfähige und gerechte Lösungen für unsere Gesellschaft zu gestalten und nachhaltig zu sichern.

5. Bewertung des BSW und anderer Parteien im Gesamtkontext

Viele Friedensaktivisten und muslimische Wählerinnen und Wähler sehen das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wegen seiner Antikriegsposition und seiner Kritik am Völkermord in Gaza zurecht als attraktive Wahloption. Doch es darf nicht übersehen werden, dass das BSW durch seine Unterstützung des Zustrombegrenzungsgesetzes gemeinsam mit der CDU/CSU und der AfD eine Mehrheit für migrationspolitische Verschärfungen fast ermöglicht hätte. In der Asyl- und Migrationspolitik agiert das BSW ähnlich populistisch wie CDU/CSU und AfD. Diese Aspekte sollten in unsere Wahlentscheidung einfließen.

6. Sachliche und lösungsorientierte Migrationspolitik statt Populismus

Wir stellen uns entschieden gegen die Inhalte der Anträge der CDU/CSU – Bundestagsfraktion zum Zustrombegrenzungsgesetz – darunter die Zurückweisung von Schutzsuchenden an den Binnengrenzen, die Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, Rückführungen in Kriegs- und Krisengebiete sowie die pauschale Inhaftierung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Personen.

Wir fordern alle Parteien auf, die bestehenden Migrationsprobleme sachlich, menschlich und lösungsorientiert zu diskutieren, statt im Wahlkampf populistisch zu handeln, Ängste der Bürgerinnen und Bürger zu schüren, Stimmung zu machen und Stimmen zu fangen. Es ist nicht ziel- und lösungsorientiert, nur über die Folgen der Flucht von Menschen aus Krisengebieten zu debattieren, ohne eine ernsthafte Frie

denpolitik und Lösungsperspektiven für die Fluchtursachen anzubieten. Als Deutschland sollten wir auch unsere Mitverantwortung für Fluchtursachen in Krisenregionen durch unsere Waffenlieferungen in diese Gebiete erkennen und kritisch hinterfragen.

7. Keine Diffamierung des Islam und der Muslime

Alle Parteien sind gefordert, endgültig damit aufzuhören, den Islam und die Muslime in Deutschland nach jedem Anschlag und Terrorangriff durch eine Person muslimischer Herkunft – ob gläubig, nicht gläubig oder islamfeindlich – zu diffamieren und zur Zielscheibe zu machen. Dies schürt antimuslimischen Rassismus, fördert islamfeindliche Ressentiments und provoziert gesellschaftliche Spaltungen. Wir Muslime dürfen auf keinen Fall zum Sündenbock für die Sicherheit gemacht werden. Wir wollen nicht als Prügelknabe der Nation herhalten.

Wir rufen alle Parteien und die Gesamtgesellschaft auf, für ein offenes, vielfältiges und demokratisches Land einzutreten, das die Menschenwürde und -rechte sowie Grundfreiheiten aller wahrt und die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit respektiert und schützt. Sonst kehren wir zurück in eine düstere Zeit, in der Grund- und Menschenrechte nur noch für einige gelten und ganze Bevölkerungsteile für gesamtgesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht werden.

8. Jede Stimme zählt – Verantwortung für eine gerechte Politik

Jede Stimme zählt. Deshalb sollen wir wählen gehen und unsere Stimme für diejenigen Parteien und Kandidat:innen abgeben, die Probleme und Sorgen aller Bürger:innen ernst nehmen, unsere Gesellschaft nicht polarisieren und Teile der Gesellschaft nicht gegeneinander provozieren. Wir brauchen eine Politik, die alle Probleme sachlich und lösungsorientiert diskutiert, auf internationaler Ebene Frieden stiftet und fördert, statt Kriege zu unterstützen. Wir sollten diejenigen wählen, die gegen den Genozid in Gaza eintreten und sich aufrichtig für eine gerechte Zweistaatenlösung in Nahost einsetzen. Ebenso dürfen keine Waffen an Israel und Krisenregionen geliefert werden. Wir sollen wählen gehen, um eine vernünftige und zusammenführende Politik in der Mitte zu stärken und den Rechtsruck zu stoppen, damit die AfD nie wieder als Mehrheitsbeschafferin gebraucht wird. In diesem Sin-

ne fordern wir alle demokratischen Parteien auch auf, rechtspopulistische Sprache und Stimmungsmache aufzugeben.

9. **Freie und selbstbestimmte Wahlentscheidung**

Jede/r Wahlberechtigte sollte ihre/seine Entscheidung frei und unabhängig treffen. Niemand sollte sich bevormunden lassen. Das Wichtigste ist: **Wählen gehen und mitbestimmen!** Nur so können wir Einfluss darauf nehmen, wer uns im Bundestag vertritt. Ebenso sollten wir unsere Forderungen und Erwartungen öffentlich machen und die Parteien und Kandidat:innen dazu einladen, dazu Stellung zu nehmen.

Lassen Sie uns unsere demokratischen Rechte bewusst nutzen und mit unserer Stimme eine Politik mitgestalten, die unseren Werten und Überzeugungen am meisten entspricht.

Gießen, 04. Februar 2025

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH